

63 Stadtverwaltung Duisburg, 47049 Duisburg

Datum 13.12.2024
Ihre Nachricht vom
Auskunft erteilt Frau Jeyarasa
Telefon (0203) 283 4534
Telefax (0203) 283 4172
Zimmer 146
Dienstgebäude Friedrich-Albert-Lange-Platz 7
- Stadthaus -
Sprechzeiten nach Vereinbarung
Bahn Linie 79, 901, 903
König-Heinrich-Platz
eMail bauaufsicht@stadt-duisburg.de

Aktenzeichen:
63-24-A-2024-0088
Gemarkung:
Duisburg
Maßnahme:

Grundstück:
Tonstraße 16 a 47058 Duisburg
Flur:
34
Flurstück(e):
369

Bauvoranfrage (A): Erweiterung einer Schule, Hochschule oder ähnlicher Einrichtung, hier: Erweiterung der vorh. Schulgebäude um eine offene Ganztagsbetreuung nebst Nebenraum (Mensa-Gruppenr.-Klassenr. etc.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

das von Ihnen geplante Bauvorhaben - hier: Erweiterung einer Schule, Hochschule oder ähnlicher Einrichtung, hier: Erweiterung der vorh. Schulgebäude um eine offene Ganztagsbetreuung nebst Nebenraum (Mensa-Gruppenr.-Klassenr. etc.) - auf dem o.g. Grundstück ist **planungsrechtlich zulässig**. Aufgrund der nachfolgenden Beurteilung wird auf Ihre Voranfrage zu diesem Bauvorhaben der Vorbescheid erteilt.

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802) geändert worden ist

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) vom 26. Juni 1962 (BGBl. I S. 429)

Gründe

Mit Ihrem Schreiben vom 09.08.2024, Eingang am 09.08.2024, beantragen Sie die Erteilung eines Vorbescheides für das oben näher bezeichnete Bauvorhaben.

Gemäß § 77 in Verbindung mit § 74 Abs. 1 BauO NRW ist ein Vorbescheid zu erteilen, wenn dem Vorhaben öffentlich-rechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen.

Sie planen die Erweiterung der vorh. Schulgebäude um eine offene Ganztagsbetreuung nebst Nebenraum.

Das Vorhaben liegt im Geltungsbereich des qualifizierten Bebauungsplanes Nr. 401. Der Plan ist seit dem 25.02.1965 rechtsverbindlich. Der Bebauungsplan enthält die folgenden Festsetzungen:

Bei der Beurteilung der Zulässigkeit ist die **Baunutzungsverordnung von 1962** zugrunde zu legen.

Das Vorhaben liegt in einer Gemeinbedarfsfläche für den Gemeinbedarf Schule.

Die zulässige Grundflächenzahl beträgt in diesem Planbereich: 0,4

Die zulässige Geschossflächenzahl in diesem Planbereich beträgt 0,7

Auf dem Baugrundstück ist das Baufenster durch Baugrenzen festgesetzt.

Ist gemäß § 23 Abs. 3 BauNVO eine Baugrenze festgesetzt, so dürfen Gebäude und Gebäudeteile diese nicht überschreiten.

Die von Ihnen geplante Bebauung entspricht den Festsetzungen des Bebauungsplanes.

Gem. § 15 BauNVO sind die in den §§ 2 bis 14 aufgeführten baulichen und sonstigen Anlagen im Einzelfall unzulässig, wenn sie nach Anzahl, Lage, Umfang oder Zweckbestimmung der Eigenart des Baugebietes widersprechen. Sie sind auch unzulässig, wenn von ihnen Belästigungen oder Störungen ausgehen können, die nach der Eigenart des Baugebiets im Baugebiet selbst oder in dessen Umgebung unzumutbar sind, oder wenn sie solchen Belästigungen oder Störungen ausgesetzt werden.

Auch unter Berücksichtigung dieser Vorschrift ist das Vorhaben planungsrechtlich zulässig.

Die verkehrliche Erschließung ist gesichert.

Die Wasserversorgung ist gesichert.

Die Abwasserentsorgung ist gesichert: Kanal vorhanden.

Der Vorbescheid befindetet abschließend und bindend über die zur Entscheidung gestellten Fragen des Baurechts. Die Genehmigungsfähigkeit dieser vorweg entschiedenen Punkte wird in einem Genehmigungsverfahren nicht neu geprüft. In einem solchen Genehmigungsverfahren wird geprüft, ob das Vorhaben des Bauantrages mit dem Vorhaben des Vorbescheides identisch ist.

Sind die Vorhaben nicht identisch bzw. weicht der nachfolgende Bauantrag wesentlich von den entschiedenen Punkten ab, dann werden auch die in diesem Vorbescheid entschiedenen Fragen baurechtlich neu geprüft.

Dieser Vorbescheid stellt keine endgültige Baugenehmigung dar und berechtigt nicht zum Baubeginn.

Der Vorbescheid ist drei Jahre gültig. Die Frist kann auf schriftlichen Antrag um jeweils ein Jahr verlängert werden.

Die beigelegten Bauvorlagen sind Bestandteil dieses Vorbescheides.

Der Bescheid ist gebührenpflichtig. Die Gebühren werden durch den beiliegenden Gebührenbescheid festgesetzt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Düsseldorf, Düsseldorf, zu erheben.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Jeyarasa

63 Stadtverwaltung Duisburg, 47049 Duisburg

Sondervermögen-Immobilien Duisburg (SVI)
Schifferstraße 190
47059 Duisburg

Datum	13.12.2024
Ihre Nachricht vom	
Auskunft erteilt	Frau Jeyarasa
Telefon	(0203) 283 4534
Telefax	(0203) 283 4172
Zimmer	146
Dienstgebäude	Friedrich-Albert-Lange-Platz 7 - Stadthaus -
Sprechzeiten	nach Vereinbarung
Bahn	Linie 79, 901, 903 König-Heinrich-Platz
eMail	bauaufsicht@stadt-duisburg.de

● Gebührenbescheid

Aktenzeichen :
63-24-A-2024-0088

Grundstück:
Tonstraße 16 a 47058 Duisburg

Gemarkung:
Duisburg

Flur:
34

Flurstück(e):
369

Maßnahme:
Bauvoranfrage (A): Erweiterung einer Schule, Hochschule oder ähnlicher Einrichtung, hier:
Erweiterung der vorh. Schulgebäude um eine offene Ganztagsbetreuung nebst Nebenraum
(Mensa-Gruppenr.-Klassenr. etc.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW) in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23.08.1999 (SGV. NRW 2011) in Verbindung mit der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung (AVerwGebO NRW) vom 08.08.2023 (SGV. NRW 2011) und des Allgemeinen Gebührentarifs der AVerwGebO NRW in der jeweils gültigen Fassung ist folgende Gebühr zu entrichten:

7.347,50 Euro

Buchungsstelle: 9.55-5-265-0

Berechnungsgrundlagen:

Berechnung der Rohbaukosten:

Gebäudeart mit Rohbausumme:
umbauter Raum:
Rohbausumme:

Schulen (Tarifstelle 3.1.4.1.3) (209,-- EUR/m³)
6.759,48 m³
1.412.731,32 EUR

Nach **Tarifstelle 3.1.4.1.3** ist für die Entscheidung über die Erteilung der Baugenehmigung für die **Errichtung und Erweiterung von Gebäuden im Sinne von § 65 der Landesbauordnung 2018** eine Gebühr in Höhe von 13,-- Euro je 1.000,- Euro der auf 500,-- Euro aufgerundeten Rohbausumme von 1412731,32 Euro zu erheben, mindestens jedoch 50,- Euro.

Gebühr nach Tarifstelle 3.1.4.1.3: 18.369,00 Euro

Nach **Tarifstelle 3.1.4.6** ist für die **Erteilung eines Vorbescheides** eine Gebühr bis zur Höhe der v.g. Genehmigungsgebühr (Tarifstellen 3.1.4.1, 3.1.4.2 oder 3.1.4.3) zu erheben, mindestens jedoch 50,- Euro.

Die Gebühr für den Vorbescheid beträgt 40,00 % der Genehmigungsgebühr von 18.369,00 Euro. Der Prozentsatz wird in Abhängigkeit des Prüfungsaufwandes (hier: nur Planungsrecht) ermittelt.

Gebühr nach Tarifstelle 3.1.4.6: 7.347,50 Euro

Ich bitte, den Betrag innerhalb von 14 Tagen nach Empfang dieses Bescheides an die Stadt Duisburg auf eines der unten angegebenen Konten zu überweisen.

Bei Zahlung ist die Angabe der **Buchungsstelle** unbedingt erforderlich. Sollten Sie den Fälligkeitstermin nicht einhalten, bin ich leider gezwungen, die Beitreibung des Betrages im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens kostenpflichtig zu veranlassen. Außerdem ist bei verspäteter Zahlung für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1% des rückständigen abgerundeten Betrags zu entrichten; abgerundet wird auf den nächsten durch fünfzig Euro teilbaren Betrag.

Sparkasse Duisburg IBAN: DE05 3505 0000 0200 2004 00 BIC: DUISDE33XXX, **KD-Bank eG** IBAN: DE43 3506 0190 1011 7840 18 BIC: GENODED1DKD **Commerzbank** IBAN: DE19 3504 0038 0581 3902 00 BIC: COBADEFFXXX **Deutsche Bank** IBAN: DE27 3507 0030 0369 6648 00 BIC: DEUTDEDE350 **Deutsche Bundesbank** IBAN: DE35 3000 0000 0030 0017 13 BIC: MARKDEF1300 **Nationalbank** IBAN: DE60 3602 0030 0000 5409 00 BIC: NBAGDE33XXX **Volksbank Rhein-Ruhr** IBAN: DE20 3506 0386 1213 7101 07 BIC: GENODED1VRR **Postbank Essen** IBAN: DE49 3601 0043 0008 1704 37 BIC: PBNKDEFFXXX

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht Düsseldorf, Düsseldorf, zu erheben.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Ich weise Sie darauf hin, dass gemäß § 80 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung das Einlegen eines Rechtsbehelfes nur gegen den Gebührenbescheid, Sie nicht von der Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung befreit.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Jeyarasa

